

Waiblingen

Wohnungsbau: Die Herausforderung

Jutta Pöschko-Kopp, 19.12.2015 00:00 Uhr



Im Pommernweg baut die Stadt derzeit günstige Wohnungen. Reichen wird das nicht. Foto: ZVW

Suchlauf der Stadt soll Baulandflächen bringen / Haushalt 2016 verabschiedet

Waiblingen. Nach fünfeinhalb Stunden lebhafter Beratung war es so weit: Der Gemeinderat hat den Etat 2016 verabschiedet. Zuvor arbeitete sich das Gremium durch rund 30 Haushaltsanträge, genehmigte im Nu fünf neue Stellen, diskutierte über die neuen Kindergartengebühren, Windmessungen auf der Buocher Höhe (abgelehnt) und Maßnahmen, um den Wohnungsbau anzukurbeln. Zu Letzterem will der Rat 2016 in Klausur gehen.

Der Bau neuer Wohnungen wird die große Herausforderung der kommenden Jahre: Darin waren sich alle einig. Nicht nur viele der Flüchtlinge, die derzeit nach Waiblingen strömen, werden Wohnungen brauchen, sondern auch Familien, Senioren und Hartz-IV-Empfänger, die jetzt schon auf der Suche sind. Auf Antrag der FDP-Fraktion hat der Gemeinderat dazu eine Klausurtagung beschlossen. Über den Wohnungsmarkt soll nach Ansicht der Freien Demokraten diskutiert werden, aber auch über die Veränderung des Stadtbilds und der Infrastruktur aufgrund der Flüchtlingswelle. „Wir wollen vorbereitet sein und Szenarien entwickeln“, so Julia Goll in ihrer Begründung. Austausch könne nicht schaden, unterstützte sie Silke Hernadi (DFB). Sinnvoll fand auch die CDU den Vorschlag: Im Stadtentwicklungsplan (Step) sei Innen- vor Außenentwicklung festgeschrieben, erinnerte Siegfried Kasper. „Davon müssen wir uns verabschieden.“ Dies seien grundsätzliche Fragen, die den Step berühren. Noch gebe es auf viele dieser Fragen keine konkreten Antworten, sagte Oberbürgermeister Andreas Hesky. Die Themenfelder müssten deshalb aufbereitet, die Klausurtagung gemeinsam vorbereitet werden.

Wo können in Waiblingen Mietwohnungen gebaut werden? Bereits jetzt läuft ein Suchlauf über die Waiblinger Markung, dessen Ergebnis im ersten Vierteljahr 2016 vorgestellt werden soll. Gleich

vorsorglich wollte die ALi-Fraktion 5,5 Millionen Euro für sozialen Wohnungsbau einstellen und damit „Nägel mit Köpfe machen“, bekam aber keine Mehrheit. „Ohne konkrete Vorhaben sind keine Mittel erforderlich“, meinte SPD-Chef Roland Wied. Zu früh kam der Antrag auch für die übrigen Fraktionen. „Was sollte mit fünf Millionen überhaupt gebaut werden?“, erkundigte sich Julia Goll. Auch die Verwaltung lehnte den Antrag ab und verwies in ihrer Stellungnahme darauf, dass Mietwohnungen nicht nur durch städtischen Wohnungsbau, sondern auch durch städtische Belegungsrechte realisiert werden sollen. Von Bauträgern werde „knallhart“ zehn Prozent Mietwohnungsbau eingefordert“, erinnerte Hesky. Zugestimmt wurde dem Antrag der DFB, für die Planung bezahlbaren Wohnraums 50 000 Euro einzustellen. Geeignet sei zum Beispiel das Hochhaus-Grundstück der Stadt auf der Korber Höhe.

Wie sich die Zeiten ändern: Vom Stellensparen zum Stellenschaffen

Wie sich die Zeiten ändern: Noch vor einem Jahr hatte die CDU eine Personalkosten-Strukturkommission vorgeschlagen. Mit dem Ziel, herauszufinden, wo Personalkosten gespart werden können. Auch die FDP hatte „konkrete Vorschläge zur nachhaltigen Senkung“ angemahnt. Jetzt hat der Rat in gerade mal 45 Minuten fünf Stellen durchgewunken. Die erste: eine neue Stelle im Gemeindevollzugsdienst. Für diese hatten die Demokratischen Freien Bürger (DFB) bisher vergeblich gekämpft, nun wurde sie mit nur einer Gegenstimme (die von OB Hesky) beschlossen. „Der ruhende Verkehr in den Ortschaften und in den Wohngebieten wird zu wenig überwacht“, begründete Wilfried Jasper den Antrag. „Es herrscht das Chaos.“ Der neue Mann solle dann aber auch Aufgaben des Feldschutzes übernehmen, forderten Roland Wied und ALi-Sprecher Alfonso Fazio.

Zwei weitere Stellen bewilligte der Gemeinderat in der Stadtgärtnerei – „um dem Aussehen der Stadt mehr Qualität zu verleihen“, wie Antragsteller Roland Wied erklärte. Julia Goll freute das sehr: 2011 habe ihre Fraktion denselben Antrag gestellt und sich von der SPD hämische Kommentare anhören müssen, erinnerte sie süffisant. Eine Mehrheit gab's auch für zwei neue Sozialarbeiterstellen: Deren Aufgaben hätten deutlich zugenommen, erläuterte SPD-Rat und Schulleiter Peter Beck. CDU-Chef Siegfried Kasper erinnerte an die Integrationsarbeit, die auf die Schulen zukommt: Auch dafür brauche man Personal.

Keine Chance hatte die SPD mit ihrem Antrag, auf der Buocher Höhe mit den Windmessungen zu beginnen (wir hatten berichtet). Wie OB Hesky will die Mehrheit im Gremium die Ergebnisse der Flugsicherung und die Änderung der Landschaftsschutzverordnung abwarten.

In eine neue Runde ging der Kampf der ALi-Fraktion gegen die Kindergartengebühren. Während die Verwaltung die Gebühren derzeit erhöhen möchte, beantragte die Alternative Liste, die Gebühren ganz zu streichen. Keine Gruppe leiste so viel für die Gesellschaft wie die Familien, die Steuern zahlen und Kinder erziehen, so Dagmar Metzger. Der vielzitierte Landesrichtsatz für Kita-Gebühren sei eine Empfehlung, keine Vorschrift. Heilbronn habe es vorgemacht und die Gebühren abgeschafft. Eine Mehrheit fand die ALi erwartungsgemäß nicht. „Man muss sich fragen, wie man das finanziert“, meinte Roland Wied und verwies auf das stark gewachsene Betreuungsangebot. Ingo von Pollern (CDU) mahnte Gesamtverantwortung für den Haushalt an. Immerhin gehe es um 1,9 Millionen Euro, und überhaupt sei die Abschaffung Sache des Landes. OB Hesky verwies auf die Kredite, die die Stadt 2016 aufnehmen wird. Und dass genau die Kinder, die kostenlos betreut werden sollen, diese später bezahlen müssten: „Ich bitte, mit Augenmaß und Verantwortung vorzugehen.“ Auch die SPD, die die Gebühren für Einkommensschwache ermäßigen und für Stadtpass-Familien ganz streichen wollte, fand keine Mehrheit: „Man könnte der Abwärtsspirale zur Kinderarmut entgegenwirken“, warb Simone Eckstein. Stadtpass-Inhaber müssten mit jedem Euro rechnen, für die Stadt sei der Betrag aber zu verschmerzen. Letzten Endes wurde die Diskussion in den Sozialausschuss verwiesen. Dort will die Verwaltung nochmals versuchen, eine gerechtere Gebührenverteilung vorzulegen.